

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
 Nr. 34 · 31. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3** Berlin, 23. August 1930

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1929

In der organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften spiegelt sich immer ein gut Stück der Wirtschaftslage wider. Eine günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes verschafft den Gewerkschaften einen günstigen Resonanzboden für ihr Wirken und erhöht die gewerkschaftliche Werbekraft. Bei Wirtschaftskrisen und größerer Arbeitslosigkeit tritt die umgekehrte Wirkung ein. Nur eine erheblich verstärkte gewerkschaftliche Aufklärungstätigkeit mag dann verhindern, daß die rückschrittliche Entwicklung ungehemmt ihren Lauf nimmt. Zweifellos war die Gesamtlage im Jahre 1929 den Gewerkschaften äußerst ungünstig. Wenn trotzdem die christlichen Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen verstärken konnten, so beweist das nur, daß ihre Ideen auch in mifflischen Zeitläuften Werbekraft besitzen, und ihre Aktivität auch unter schwierigen Verhältnissen zur Geltung kommt.

Insgesamt hat sich die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1929 von 647 364 auf 673 127 gesteigert. Unter Hinzurechnung der sonstigen im Deutschen Gewerkschaftsbund stehenden Arbeitergruppen (Eisenbahner usw.), stieg die Mitgliederzahl von 763 843 auf 792 827. Nachstehend die Entwicklung der einzelnen Verbände.

Verbände	Mitgliederzahl insgesamt	
	Ende 1928	Ende 1929
1. Bauarbeiter	45 698	48 913
2. Bekleidungsarbeiter	11 522	11 244
3. Bergarbeiter	98 954	102 710
4. Buchdrucker	3 667	3 982
5. Fabrikarbeiter	64 393	68 119
6. Gasthausangestellte	19 153	20 622
7. Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe	33 708	37 853
8. Graphiker	4 923	5 115
9. Hausangestellte	3 472	3 396
10. Heimarbeiterinnen	7 235	7 304
11. Holzarbeiter	30 600	31 675
12. Landarbeiter	80 536	80 636
13. Lederarbeiter	11 048	10 604
14. Maler	3 203	4 007
15. Metallarbeiter	112 678	124 168
16. Nahrungsmittelarbeiter	9 083	10 005
17. Tabakarbeiter	26 350	22 421
18. Textilarbeiter	81 136	80 303
Gruppe der Verkehrs- und Staatsbediensteten	647 364	673 127
Insgesamt	763 843	792 827

*) Mitgliederzahl vom 1. Oktober 1929.

Einen Zuwachs hatten 13 Verbände, während fünf Verbände mit einem Verlust abschließen.

Unter den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften (soweit sie dem Gesamtverband angeschlossen sind) sind 126 001 weibliche. Deren Zahl hat sich gegen das Vorjahr um 1872 erhöht. Anteilsgemäß ist jedoch die Zahl der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliederzahl zurückgegangen. Bemerkenswert ist der erhebliche Zugang an weiblichen Mitgliedern bei den Fabrikarbeitern.

Auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke verteilen sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in folgender Weise:

Landesarbeitsämter	Mitglieder des Gesamtverbandes *)	Mitglieder der Verkehrs- und Staatsbediensteten **)	Mitgliederzahl insgesamt
Ostpreußen	27 401	3 941	31 342
Schlesien	46 826	6 126	52 952
Brandenburg	18 332	5 970	24 302
Pommern	3 890	5 116	9 006
Nordmark	8 950	4 472	13 422
Uebersumme	105 399	25 625	131 024

Landesarbeitsämter	Mitglieder des Gesamtverbandes *)	Mitglieder der Verkehrs- und Staatsbediensteten **)	Mitgliederzahl insgesamt
Uebersumme	105 399	25 625	131 024
Niedersachsen	24 735	4 787	29 522
Westfalen	137 288	10 840	148 128
Rheinland	174 792	27 264	202 056
Hessen	25 147	5 905	31 052
Mitteldeutschland	32 949	5 941	38 890
Freistaat Sachsen	16 767	5 036	21 803
Bayern	61 901	16 000	77 901
Südwestdeutschland	52 949	10 820	63 769
Sargebiet, Danzig usw.	41 200	7 482	48 682
Insgesamt	673 127	119 700	792 827

*) Nach Angabe der Verbände (Bergarbeiter geschätzt). **) Schätzung.

Der Entwicklung der Mitgliederzahl folgte die Kassengebarung der Verbände. Die Steigerung der Einnahmen ist noch erheblicher, als es die Steigerung der Mitgliederzahl erwarten lassen konnte. Es muß als Zeichen gesunder Finanzwirtschaft gedeutet werden, wenn trotz wesentlich höherer Ausgaben, die sich aus der schlechten Arbeitsmarktlage ergeben, im Jahre 1929 noch rund 5 Millionen RM. erübrigt und den Reserven der Verbände zugeführt werden konnten.

Einnahmen und Ausgaben der Verbände gestalteten sich folgendermaßen:

Verbände	Gesamteinnahmen in RM. 1929	Gesamtausgaben in RM. 1929
1. Bauarbeiter	2 538 004	1 929 148
2. Bekleidungsarbeiter	301 750	296 751
3. Bergarbeiter	3 059 212	2 026 293
4. Buchdrucker	330 312	351 619
5. Fabrikarbeiter	2 850 306	2 850 299
6. Gasthausangestellte	1 798 135	1 336 842
7. Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe	1 444 866	1 216 959
8. Graphiker	242 831	212 333
9. Hausangestellte	18 946	19 126
10. Heimarbeiterinnen	74 501	74 392
11. Holzarbeiter	1 405 590	1 265 858
12. Landarbeiter	923 687	920 724
13. Lederarbeiter	366 447	309 748
14. Maler	152 113	115 786
15. Metallarbeiter	6 069 388	4 446 643
16. Nahrungsmittelarbeiter	321 354	269 507
17. Tabakarbeiter	442 652	396 119
18. Textilarbeiter	2 616 394	2 353 242
Gruppe der Verkehrs- und Staatsbediensteten	25 006 488	20 391 389
Insgesamt	27 634 488	—

Die Gruppe der Verkehrs- und Staatsbediensteten hat keine Angaben über die Ausgaben gemacht, weil es sich hier um Verbände handelt, die auch Beamte umfassen. Es lassen sich hier die anteiligen Kosten der Arbeitergruppen für Verwaltung und sonstige Ausgaben nicht ermitteln. Hingegen sind die Beitragseingänge der Arbeitermitglieder getrennt aufgeführt.

Ein ausführliches Kapitel ist im neuen Jahrbuch den Orts- und Bezirkskartellen der christlichen Gewerkschaften gewidmet. Ende 1929 bestanden 411 Kartelle, von denen sich 348 mit insgesamt 475 255 Mitgliedern an der alljährlichen Erhebung über die Entwicklung und die Tätigkeit der Kartelle beteiligten. Es zählten 23 Kartelle bis 1000 Mitglieder, 86 Kartelle von 1000 bis 5000 Mitgliedern, 19 Kartelle über 5000 Mitglieder. Den Kartellen wurden im Jahre 1929 183 Ortsgruppen der Verbände neu eingegliedert, während 23 Ortsgruppen

abgingen. Die Kartelle hatten eine Gesamteinnahme von 286 883,25 RM., der eine Gesamtausgabe von 176 655,26 RM. gegenübersteht.

Nach den Berichten der Kartelle zählten diese in den angeschlossenen Ortsgruppen 12 481 Vertreter der christlichen Gewerkschaften in den Organen der Sozialversicherung, 1785 Arbeitsrichter und Beisitzer bei den Schlichtungsausschüssen, 12 708 Arbeiter- und Betriebsratsmitglieder, 1090 Schöffen und Geschworene, 3280 Mitglieder kommunaler und politischer Körperschaften. Zur Schulung der christlichen Gewerkschaftler veranstalteten die Kartelle besondere Lehrgänge, an denen sich rund 20 000 Mitglieder beteiligten.

Der Jahresbericht läßt in all seinen Einzelheiten eine Fülle von Arbeit der verschiedensten Art erkennen, die von den christlichen Gewerkschaften im Jahre 1929 geleistet wurde. Wir müssen uns jedoch vorerst auf die Wiedergabe einiger charakteristischer Zahlen beschränken. Diese aber zeigen schon, daß sich die christlichen Gewerkschaften nicht nur behauptet haben, sondern im Berichtsjahr bedeutungsvolle Fortschritte auf allen Gebieten erzielten und ihre Geltung wesentlich verstärkten. Wenngleich die Ueberwindung gewerkschaftshemmender Tendenzen im laufenden Jahre noch schwieriger ist als im Vorjahr, so bleibt doch zu erwarten, daß die christlichen Gewerkschaften auch die Aufgaben im Rotjahr 1930 nicht minder gut erfüllen werden.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften beginnen die Wahlkampagne mit Verschleierung der Wahrheit

Die freien Gewerkschaften haben noch bei allen Wahlen ihre Zeitungen und Kassen in den Dienst der sozialdemokratischen Partei gestellt, weil sie diese als ihre politische Ergänzung betrachten. Dieses Mal treten sie reichlich früh auf den Plan, wohl, weil sie ein schlechtes Gewissen haben. Es hat sich nämlich inzwischen herumgesprochen, daß sie es waren, die gegen die vernünftigeren sozialdemokratischen Politiker zur radikalsten Opposition drängten. Nun eröffnen sie in der „Gewerkschafts-Zeitung“ (Nr. 30 vom 26. Juli 1930) die sozialdemokratische Wahlkampagne mit einem Leitartikel, über den jeder, der auch nur einigermaßen Bescheid weiß, die Worte schreiben kann: „Blinder Eifer schadet nur.“ Da wird u. a. behauptet, die Sozialdemokratie hätte in der Regierung Hermann Müller den Young-Plan zum Abschluß geführt und die Rheinlandbefreiung erreicht. Gewiß, aber die lokale Erfüllung des Young-Planes hat zur Voraussetzung, daß die Reichsfinanzen und die Wirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden. Bei dieser etwas schmerzlichen Operation kniff die Sozialdemokratie in der unfairsten Weise. Weiter wird gesagt, die Sozialdemokratie habe mit Minister Wissell den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt. Diese Abwehr sah so aus. Die Verschlechterung kommt von dem sozialdemokratischen Minister Wissell. Stegerwald hat sie nachher nur vorgelegt, nachdem er die schlimmsten Verschlechterungen einigermaßen zurechtzubiegen versucht hatte. Als nun die Sozialdemokraten ihr eigenes Produkt vorgelegt bekamen, markierten sie den wilden Mann. Am stärksten kämpfte Wissell gegen — sich selbst. Weiter wird gesagt, die Sozialdemokratie habe die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die Sozialversicherung gebrandmarkt. Dabei weiß jeder, daß die Novelle zur Krankenversicherung auf den sozialdemokratischen Hauptverband der Krankenkassen zurückgeht. Nur daß in dem dem Reichstoge vorgelegten Entwurfe die viel arbeiterfeindlicheren Maßnahmen des Hauptverbandes abgeschwächt waren. Und endlich habe die Sozialdemokratie Steuern vorge schlagen, die den Besitz herangezogen hätten. Das machte der sozialdemokratische Finanzminister Hil-

ferding so, daß er in seinen 14 Punkten im Dezember 1929 gerade eine Senkung der veranlagten Einkommensteuer, Vermögenssteuer, also der Besitzsteuer, vorschlug.

Wir wollen hoffen, daß die freien Gewerkschaften den Lesern ihrer Presse auch weiterhin solche Unsinnsigkeiten aufstischen, dann wird bald der Dünnsinn merken, daß die Sozialdemokratie etwas zu verbergen hat und darum ein zwiespältig demagogisches Spiel treibt.

Eine Million Gewerkschaftsgelder für die Sozialdemokratie

Es ist nicht das erstmal, daß freigewerkschaftliche Verbandsgelder bei Wahlen der Sozialdemokratie zugeführt worden sind. Aber noch nie ist diese Unterstützung so offen eingestanden worden wie gegenwärtig. Die „Freie Gewerkschaft“, das Mitteilungsblatt des Ortsausschusses Hamburg des ADGB, meldet in ihrer Nummer vom 13. August:

„Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei eine Million RM. überwiesen. Die Gewerkschaften, auch die örtlichen, müssen das ihrige tun!“

Es ist kaum zweifelhaft, daß die „freien“ Berufsverbände ebenfalls für den Wahlfonds der Partei Gelder geben. Sämtliche Gewerkschaftsblätter setzen sich mit Hochdruck für die SPD. ein. Alle sind auf den Ton gestimmt, den die „Sächsische Gewerkschaftszeitung“ des ADGB. mit den Worten anspricht: „In dem kommenden Wahlkampf kann es daher für die

Gewerkschaften auch nur eine Partei geben, die sie unter dem Einfluß ihrer ganzen Kraft unterstützen werden, die Sozialdemokratie.“

Weil man die Unterstützung unter Einfluß der ganzen Kraft will, gibt man auch Geld aus den Gewerkschaftskassen. So werden gewerkschaftliche Gelder der Politik geopfert, und zwar einer politischen Partei geopfert, die sich ganz zu Unrecht eine Arbeiterpartei nennt. Und man sollte doch meinen, für Gewerkschaftsgelder gäbe es wirklich bessere Verwendung. Auch die sozialistischen Arbeiter werden der Ansicht sein, daß gewerkschaftliche Gelder nicht für parteipolitische Zwecke da sind, und daß man mit den sehr erheblichen Zuschüssen an die SPD. (es werden vermutlich noch sehr viel mehr sein als 1 Mill. RM.) sehr gut einer großen Zahl der von der Arbeitslosigkeit am schlimmsten betroffenen Arbeiter wirksam hätte helfen können.

Im übrigen stellen wir erneut fest, daß das Märchen von der parteipolitischen Neutralität der freien Gewerkschaften gründlich erledigt ist. Sie haben sich wiederholt offen zur Sozialdemokratie bekannt, betreiben für sie den Stimmenfang und geben ihnen Millionen für den Wahlkampf.

Nun sollten die „freien“ Gewerkschaften noch ein übrigtes tun und sich in Zukunft auch mutig nicht mehr „frei“, sondern „sozialdemokratisch“ nennen. Warum noch länger das Firmenschild maskieren?

Im übrigen wissen jetzt die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die nicht sozialdemokratisch sind, wofür ihre Beiträge verwandt werden.

Baumarkt und Konjunktur

Von Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald

Der Wert der baugewerblichen Produktion in Deutschland belief sich im Jahre 1929 auf rund 9 Milliarden. Beziffert man die Gesamtzeugung unserer Volkswirtschaft im gleichen Jahre auf etwa 70 Milliarden, so ergibt sich, daß im Baugewerbe und seinen Hilfsindustrien rund ein Viertel der deutschen Gesamtproduktion verkörpert war. Schon diese eine Tatsache illustriert mit genügender Eindringlichkeit, was ein einigermaßen normaler Baumarkt für die Stabilität unserer Wirtschaft bedeutet, und sie illustriert nicht minder eindringlich, welche entscheidende Stütze der allgemeinen Konjunktur durch eine Stodung der Bautätigkeit entzogen wird.

Eine solche Stodung ist nun im Jahre 1930 eingetreten. Auf die Gründe, die diese Abwärtsentwicklung herbeigeführt haben, will ich hier nicht zurückkommen. Sie sind in der Öffentlichkeit in den letzten Monaten genügend erörtert worden. Ich möchte nur die gegenwärtige Lage an einigen wenigen Zahlen verdeutlichen: Mitte Juli wurden auf den Arbeitsämtern allein 217 000 arbeitssuchende Bau- und Handarbeiter gezählt; das waren mehr als viermal soviel wie im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die gewerkschaftlichen Bauarbeiter-Verbände meldeten in diesem Juni 38 Prozent arbeitslose Mitglieder gegen 6,7 Prozent im Juni 1929. Damit sind die Bauarbeiter vom Schicksal der Arbeitslosigkeit gegenwärtig stärker betroffen als alle ihre übrigen Fachverbandskollegen. Und das im Sommer, in der Zeit der eigentlichen „Bauhochsaison“!

Von den Wirkungen einer derartigen Depression auf die Volkswirtschaft als Ganzes kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß zur Zeit der letzten Volkszählung, also im Jahre 1925, rund 1,4 Millionen Arbeiter und Angestellte im Baugewerbe beschäftigt waren. Inzwischen hat sich diese Zahl — teils durch den allgemeinen Zuwachs an Erwerbsfähigen überhaupt, teils durch den Zustrom aus anderen Industrien — ohne Zweifel um Hunderttausende erhöht. Dazu kommen diejenigen, die in den wach oder weniger vom Baugewerbe abhängigen Industrien, wie Steine und Erden, Holzgewerbe, Eisenindustrie, beschäftigt bzw. in der Gegenwart nicht beschäftigt werden. Aber auch damit noch nicht genug! Es liegt nun einmal eine unabwendbare Gesetzmäßigkeit darin, daß Arbeitslosigkeit weitere Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Der Bauarbeiter — wie jeder Arbeiter — ist nicht allein Produzent, sondern auch Konsument. Und wenn viele Hunderttausende gezwungen sind, von der Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung zu leben, d. h. ihre Kaufkraft auf die Hälfte oder gar ein Viertel zusammenzuschrumpfen, so muß das notwendig die Absatzlage etwa der Bekleidungsindustrie, der Rohstoffindustrie, der Leder- und Schuhindustrie, der Möbelindustrie, tiegreifend beeinflussen. Absatzstodung bedeutet aber auch hier: Steigerung der Arbeitslosigkeit. Die Einflüsse, die auf diese Weise vom Baugewerbe auf die Lage der Konsumgüterindustrie ausgeht, sind um so schwerwiegender, als die Depression des Baumarktes nun schon über ein halbes Jahr anhält und auch im letzten Winter — trotz deutlicher günstiger Witterungsverhältnisse — die Arbeits-

losenziffer der Fachverbände auf über 60 Prozent hinaufgetrieben hat.

Unter diesen Umständen ist eines klar: Soweit die kritische Finanzlage es der Reichsregierung überhaupt erlaubt, auf dem Wege der Arbeitsbeschaffung unmittelbar in den Konjunkturverlauf einzugreifen, muß sie versuchen, gerade bei der Bauwirtschaft, diesem „Krisenherd“ erster Ordnung, anzusetzen. Sie fühlt sich dazu um so stärker verpflichtet, als gleichzeitig auf diesem Gebiete ein dringendes soziales Bedürfnis immer heftiger nach Deckung verlangt: das Wohnungsbedürfnis.

Uns fehlen zurzeit in Deutschland noch mehrere Hunderttausend Wohnungen zur Unterbringung der Familien, die teilweise seit Jahren in Untermiete leben und auf ein eigenes Heim warten. Weitere Hunderttausende von Familien, besonders Familien mit mehreren Kindern, leben in überfüllten Wohnungen, die wiederum zum großen Teil schon nach ihrer Beschaffenheit als gesundheitswidrig anzusprechen sind. Es ist selbstverständlich, daß bei der starken Arbeitslosigkeit und dem fortdauernden Konjunkturrückgang sich auch die Nachfrage nach Wohnungen vermindert. Völlig falsch wäre es jedoch, aus der zurückgehenden Nachfrage etwa schließen zu wollen, daß der Wohnungsbedarf im allgemeinen in Deutschland mehr oder minder gedeckt ist. Davon kann gar keine Rede sein. Gerade der Wohnungsbedarf für die breiten Schichten unserer Arbeitererschaft ist unvermindert groß, da zweifellos der Wohnungsbau der letzten Jahre den mehr mittleren Schichten und den bestbezahlten Arbeitern zugute kam. Lediglich die Unmöglichkeit für die breiten Schichten bei den heutigen Einkommensverhältnissen, die Miete für eine Neubauwohnung aus dem keineswegs mehr dauernd gesicherten Lohn aufzubringen, jähreckt zahllose Familien ab, als Bewerber auf dem Wohnungsmarkt aufzutreten, obwohl gerade diese eine Wohnung dringend nötig hätten. Daß diese Familien, wenn auch in noch so einfachen, aber hygienisch einwandfreien und gesunden Wohnungen so bald als möglich untergebracht werden, ist auch das Interesse der Nation. Eine bescheidene, aber ausreichende Unterkunft muß unser Volk haben, sonst verkümmert es. Eine genügende wohnlige Unterbringung der breiten Massen ist unbedingte Voraussetzung, um unsere Bevölkerungszahl und unsere Volkskraft zu erhalten.

So ist die Reichsregierung aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen fest entschlossen, auch in der Notzeit unserer Tage den Wohnungsbau für die breiten Massen zu fördern. Das eben eingeleitete zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung soll diesen Willen in die Tat umsetzen. Die Grundgedanken des Programms sind: Dort durch Wohnungsbau

Christlicher Bauarbeiter! Auch von dir hängt es ab, ob die künftige Entwicklung im Staats- und Wirtschaftsleben im Zeichen der christlich-sozialen Idee steht.

Arbeit zu schaffen, wo die größte Arbeitslosigkeit ist, und den Wohnungsbau selbst so zu gestalten, daß auch tatsächlich die Mieten für die breiten Volksschichten erschwinglich sind. Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß sie zur Durchsetzung ihrer Ziele die Hilfe aller beteiligten Stellen braucht. Es muß insbesondere vermieden werden, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung von einzelnen Stellen dazu benutzt wird, mit eigenen Aufträgen nunmehr zurückzuhalten. Die Zusätzlichkeit des Bauprogramms zu wahren, wird unsere größte Sorge sein; wir werden auch ohne Bedenken da die Reichsmittel zurückziehen, wo wir den Eindruck gewinnen, daß sie nur als Ersatz für sonst geplante eigene Bauvorhaben verwendet werden sollen. Ebenso werden wir darüber wachen, daß die Wohnungsgrößen und die Ausstattungen der neuen Wohnungen dem wirklichen Bedarf entsprechen. Was wir brauchen, sind einfache Kleinwohnungen mit erschwinglichen Mieten. Wir können es uns nicht länger leisten, große und bestausgestattete Wohnungen zu bauen, die die Wohnungsbedürftigen nicht mieten können. Wo wirklich Familien mit mehreren Kindern vorhanden sind, haben die ausführenden Stellen die Möglichkeit, hierfür besonders zu sorgen. Keinesfalls jedoch dürfen unter dem Vorwand, Wohnungen für Kinderreiche zu bauen, alte Fehler fortgesetzt und zu große Wohnungen gebaut werden. Die Reichsregierung ist sich auch ferner darüber völlig klar, daß das zusätzliche Wohnungsbauprogramm bei der heutigen Arbeitslosigkeit bei weitem nicht ausreicht, um einen Umchwung der Konjunktur zu bewirken. Eine endgültige Besserung auf dem Bau- und Wohnungsmarkt sehe ich erst dann kommen, wenn die Baukosten und die Zinssätze für das Baukapital so weit sinken, daß ohne zu großen Einfluß der öffentlichen Mittel für die einzelne Wohnung auch tatsächlich tragbare Mieten erzielt werden können. Die Senkung der Kosten für das Leihkapital spielt hier eine ebenso bedeutende Rolle wie die Senkung der Baukosten selbst. Wenn hier ein Erfolg erzielt wird, so bin ich der festen Überzeugung, daß die Bauwirtschaft und die Bauarbeitererschaft wieder besseren Zeiten entgegengehen. Wer wollte bestreiten, daß in dem Augenblick, wo beispielsweise in Berlin gesunde, einfache Arbeiterwohnungen in einer Preislage von 35 bis 40 Reichsmark errichtet werden könnten, die Nachfrage eine derartig starke wäre, daß jedenfalls die Bauarbeiter der weitesten Umgebung Arbeit und Brot finden würden? Das zusätzliche Bauprogramm der Reichsregierung kann nur in beschränktem Umfang Hilfe bringen. Der Aufstieg für die Bauwirtschaft selbst hängt von der Lösung des Preisproblems ab. Hoffen wir, daß die nahe Zukunft diese Lösung bringt. Es handelt sich um eine Schicksalsfrage unserer Wirtschaft und unseres Volkes.

Baufostenfragen

Das Reichsarbeitsministerium hat ein zusätzliches Wohnungsbauprogramm für 1930 herausgegeben. Neben Behebung der Wohnungsnot soll zugleich auch eine Behebung des Baumarktes erreicht werden. Der vorgezeichnete Betrag von 100 Mill. kann selbstverständlich im Rahmen der Wohnungsbaubestimmnisse wie auch der Arbeitsbeschaffung für sich allein nur bescheidene Wirkungen haben. Diese Tatsache, die im großen Finanzmangel des Reiches ihre Ursache hat, bedarf weder einer Entschuldigung noch einer vom politischen Gesichtspunkt diktierten Herabsetzung der guten Absicht.

Um mit dem Programm nach beiden Seiten möglichst viel zu erreichen, hat das Reichsarbeitsministerium Bedingungen festgelegt, die auf eine möglichst große Zahl von Wohnungen und auf eine möglichst große Beschäftigung von Arbeitern bei diesen Wohnungsbauten, hinausgehen. Ein eigener Reichskommissar ist für die Zusagebringung und Ueberwachung des Wohnungsbauprogramms sowie für alle mit der Frage zusammenhängenden Verhandlungen wirtschaftlicher und politischer Art (Länder, Kommunalverwaltungen) bestimmt.

Für die Angehörigen des Baugewerbes fanden am 6. und 8. August Besprechungen mit dem Reichsarbeitsministerium in den für sie in Betracht kommenden Angelegenheiten statt. Am 6. August waren die Vertreter der Bauherren und der Bauunternehmer geladen, um sich zu einer möglichen Niederhaltung der Baukosten zu äußern. Die Unternehmer erklärten, daß eine Herabsetzung des Unternehmergewinns bei der an sich heute bloß zwischen 3 und 5 Prozent liegenden Verdiensthöhe nicht möglich sei. Wegen der hier und da bestehenden Interessenverflochtenheit spielte man verhältnismäßig vorsichtig auf den noch notwendigen Abbau der Baustoffpreise an. Die Verbilligung des Lohnanteiles sei infolge der tariflichen Bindung nicht möglich, soweit nicht durch eine weitere Mechanisierung der Bauarbeiten Lohnkosten eingespart werden könnten. Der Geschäftsunkostenanteil, in dem nach unserer Meinung stille Reserven für den Gewinn liegen, könne gleichfalls

nicht ermäßigt werden, da er durch soziale, steuerliche und sonstige behördliche Maßnahmen festgelegt sei. Die Frachten betragen heute das Dreifache der Vorkriegszeit. Ein sechsgliedriger Ausschuß soll sich mit Fragen der möglichst günstigen Einteilung der Wohnungen, des Verdienstwesens, der Frachtfunktion, des Zinswesens und der Verbilligung des behördlichen Aufsichtswesens befassen.

Am 8. August waren Vertreter der baugewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Statistischen Reichsamtes geladen, um die Frage des Lohnanteils an den Baukosten zu besprechen. In einer 14 Tage vorausgegangenen Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister war von unserem Verbande und dem Baugewerksbund bereits darauf verwiesen, daß der in der Öffentlichkeit bekanntgegebene Baukostenindex zu falschen Mutmaßungen über die Bauarbeiterlöhne und in manchen Kreisen auch zu falschen Schlüssen geführt habe. Die Aussprache am 8. August ergab wieder, daß über die Frage Lohnanteil schon grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Während wir mit Recht der Meinung sind, daß als Lohnanteil an den Baukosten nur der Arbeiterlohn an der Baustelle betrachtet werden kann, wollen interessierte Kreise den „Lohnanteil“ auch auf die in den Baumaterialien liegenden Lohnbeträge ausdehnen. Mit Recht wurde diese Auffassung dahin ironisiert, daß man dann unter Mitanschlag des Unternehmergewinns als Lohn für die Arbeit des Unternehmers sowie unter Anschlag der behördlichen Kosten als Lohn (Gehalt) für die Tätigkeit der öffentlichen Beamten, gleich sagen könnte, Lohnanteil sind 100 Prozent, also alles. Der auch dann einschneidende Unternehmervertreter wollte bei Kurzugrundelegung der Löhne am Bau mindestens 42 Prozent Lohnkosten und 8 Prozent Kosten für Steuern und Sozialversicherungsleistungen, also mindestens 50 Prozent als Lohnanteil ansehen. Er gab allerdings durch die Blume zu, daß der Lohnanteil in der Vorkriegszeit höher gelegen habe. Unsere Feststellungen und die behördlichen Errechnungen weichen nicht weit voneinander ab. Sie liegen nach Einbeziehung oder Nichtbeziehung der Sozialleistungen zwischen 25 und 32 Prozent bzw. 30 und 40 Prozent. Einig war man sich dahingehend, daß der heutige Baukostenindex unzulänglich ist und in der öffentlichen Meinung zu irreführenden Schlüssen, Verwirrungen und Schädigungen des Baumarktes führt. Die verschiedenen, falschen und in den Grundlagen unterschiedlichen Maßstäbe führen zu falschen Bildern bei Beurteilung der Neubaumietpreise, sie führen weiter zu falschen Schätzungen bei Beleihungen fertiger Neubauobjekte und stören das notwendige Vertrauen zu weiteren Neuanlagen. Interessante Ausführungen eines mit dem Bau-, Grundstücks- und Beleihungswesen vertrauten Großbaugeschäftsvertreter ergaben, daß bei richtiger Berücksichtigung der heute vorgeschriebenen höheren Grundstücksauswertungen, der kleineren Wohnungseinheiten, der geringeren Menge benötigter Baustoffe bei gleichartigen Objekten in gleichartiger Ausstattung die Vergleichszahlen der Vorkriegszeit mit den jetzigen so nahe zusammenrücken, daß die Baukosten-Übersteuerung sich durchaus im Rahmen der allgemeinen Übersteuerung hält. Bei den Mietpreisen spielt die ausschlaggebende Rolle in der Preisspanne der ungerechtfertigt hohe Zinsfuß und die verschiedenen Zusatzlasten aus Bankprämien und niedrigem Auszahlungskurs der Pfandbriefe.

Baukostenindex und Baustoffindex sagen schon durch ihren Namen, daß sie verschiedene Begriffe sind. Der Baukostenindex wird bis jetzt nach einer im Jahre 1923 vom Statistischen Reichsamt festgelegten Methode berechnet. Zugrunde gelegt werden die Preise der wichtigsten Baustoffe wie Mauersteine, Kalk, Zement, Formeisen, Sand, Bauholz verschiedener Art, Eisenröhren, Armaturen, Fensterglas. An Arbeiterlohn werden die Löhne der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zugrunde gelegt. Die Preise der Baumaterialien und Löhne beziehen sich auf das Berliner Marktgebiet. Der Baukostenindex ist also ein Berliner Index. Er kann bis zu einem gewissen Grade wohl als Vergleichsbild für den Durchschnitt des Reichsgebietes angesehen werden, da bei verschiedenen karellgebundenen Baustoffen die Preise im Reich ziemlich gleich sind. Für die Beurteilung des Anteils der Löhne kann er im Reich nicht maßgebend sein, weil neben der unterschiedlichen Lohnhöhe auch der Lohnanteil am Arbeitsprodukt durch unterschiedliche Arbeitsmethoden, größere oder geringere Mechanisierung der Betriebe und durch die Verschiedenart der Baustoffe in der Möglichkeit ihrer Verarbeitung beeinflusst wird. Die in einigen Gebieten erfolgten Sonderberechnungen haben allerdings ergeben, daß die Unterschiede nicht groß sind. Bei der vergleichsweisen Berechnung von Vor- und Nachkriegsobjekten ist auch nicht berücksichtigt, daß durch das Depressionsjahr 1913 die Baukostenpreise verhältnismäßig niedrig waren und daß die derzeitigen Baumaterialpreise noch nicht dem Zug der Preise von Exportwaren nach unten im gleichen Maße gefolgt sind. Alles in allem ließ sich aus den verschiedenen Ausführungen der Schluß ziehen, daß bei Berücksichtigung aller Faktoren wesentlich andere Zahlen als

Am 23. August 1930 ist der vierunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

die heutigen Indexzahlen herauskommen. Notwendig wird auch sein, nicht zu stark an den Vorkriegsvergleich hängen zu bleiben, sondern im ganzen Wirtschaftsleben bei den heutigen verschiedenen Maßzahlen eine reale Grundlage aus der Nachinflationszeit zu schaffen. Die Erfahrung hat ergeben, daß einwandfreie Vergleichsberechnungen aus der Vorkriegszeit nur in sehr dürftiger Zahl beigebracht werden können. Die Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberseite erklären sich zum Schluß bereit, für weitere Verhandlungen Unterlagen bereitzustellen, und mit dem Reichsstatistischen Amt auf eine verlässigere Errechnung der Basis des Bauindex hinzuwirken. Wir sind uns bewußt, daß die Forderung auf diesem Gebiete manche falschen Meinungen über das Baugewerbe allgemein, manche grobe Verkennung der Bauarbeiterlöhne beseitigt und damit zu einer Entgiftung der sozialen Atmosphäre gegenüber dem Baugewerbe beiträgt. Was aber ganz besonders wichtig und für uns eine Vortrage ist, ist das, daß durch ein größeres Vertrauen in die Bauwirtschaft der Anreiz zum Bauen gehoben wird.

Arbeitslosenfeststellung im Verband für Juli

Die Arbeitslosenberichte vom Monat Juli aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die schwache Verbesserung der baugewerblichen Wirtschaftslage bereits zum Stillstand gekommen ist. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom Juni mit 42,26 Prozent weist der Juli die Zahl der Beschäftigungslosen mit 42,30 Prozent, also einer unbedeutenden Mehrung aus. Die Vergleichszahlen vom Juli vorigen Jahres sind 14,06 Prozent. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken weist gegenüber dem Vormonat für sechs Bezirke eine Verbesserung und für sechs Bezirke eine Verschlechterung aus. In neun Bezirken bewegen sich die Verringerungen unter 5 Prozent, in drei Bezirken liegen sie zwischen 5 und 10 Prozent. Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozenten der Mitgliederzahl:

1. Berlin . . . 37,37%	7. Köln . . . 40,80%
2. Bochum . . . 40,57%	8. Königsberg . . 41,04%
3. Breslau . . . 41,71%	9. München . . . 38,08%
4. Frankfurt . . . 60,91%	10. Münster . . . 40,21%
5. Hannover . . . 39,84%	11. Nürnberg . . . 43,33%
6. Karlsruhe . . . 43,50%	12. Paderborn . . 43,20%

Hinter diesen nüchternen Zahlen birgt sich furchtbare Not. Eine schwache Hoffnung auf Besserung bietet noch das zusätzliche Bauprogramm der Regierung, das nun endlich in Angriff genommen zu werden scheint. Dringender denn je muß aber immer wieder gefordert werden, daß den arbeitslosen Bauarbeitern die Krisenunterstützung gezahlt wird.

Schutz der Arbeiter und der Öffentlichkeit bei Dacharbeiten

Die preussischen Minister für Volkswohlfahrt und für Handel und Gewerbe haben am 14. Juli 1930 folgenden Runderlaß betreffend Schutz der Arbeiter und der Öffentlichkeit bei Dacharbeiten — II C 1495 — ergehen lassen:

„Der Reichsarbeitsminister hat zum Schutze der auf Dachflächen beschäftigten Personen und der Öffentlichkeit anliegende Richtlinien zu Vorschriften über die Anbringung von Dachhaken, Schneefangeisen, Schneefanggittern und Rinneisen herausgegeben, die von mir, dem mitunterzeichneten Minister für Volkswohlfahrt unter § 3 mit einem Zusatz versehen worden sind, nach welchem von der Anbringung eines Schneefanggitters abgesehen werden kann, wenn dadurch eine Verunstaltung zu befürchten ist oder wenn die Dachrinne so breit und stark gebaut ist, daß sie die Schneemassen aufzuhalten vermag. — Wir nehmen Bezug auf den Erlaß des mitunterzeichneten Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Januar 1930 — II C 3902 — und ersuchen, eine entsprechende Polizeiverordnung für den dortigen Geschäftsbereich unter Aufhebung etwaiger entgegenstehender Bestimmungen zu erlassen und dem Minister für Volkswohlfahrt zwei Abdrücke der Verordnung vorzulegen. — Demnächst werden einheitliche Vorschriften über die Arbeiterfürsorge auf Bauten und über den Arbeiterschutz auf Bauten — Gerüstordnung — folgen.

Richtlinien für Vorschriften über die Anbringung von Dachhaken, Schneefangeisen, Schneefanggittern und Rinneisen zum Schutze der auf Dachflächen beschäftigten Personen und der Öffentlichkeit.

§ 1. Dachhaken. 1. Auf allen Dachflächen, deren Traufkante mehr als 5 Meter über der Erde liegt und deren Neigung mehr als 30 Grad beträgt, sind an folgenden Stellen Dachhaken aus verzinktem, bei

Kupferdächern aus verkupferten Schmiedeeisen gleichzeitig mit der Ausführung der Dacharbeiten anzubringen: a) in der Nähe des Firstes und auf den Dachflächen, b) an beiden Seiten der Grate, c) auf Mansardenflächen unterhalb des Mansardentritts. 2. Die Dachhaken sind in wagerechter Richtung nicht über 1,50 Meter, in Richtung der Dachneigung gemessen, nicht über 4 Meter voneinander anzubringen; an den Graten darf ihre Entfernung voneinander nicht mehr als 3 Meter betragen. 3. Die Dachhaken müssen bei gewöhnlichen Dächern einen Querschnitt von mindestens 210 Quadratmillimeter bei mindestens 7 Millimeter Stärke haben; bei Türmen muß der Haken einen entsprechend stärkeren Querschnitt besitzen. 4. Um zu dem Dachhaken gelangen zu können, müssen Aussteigeöffnungen angebracht werden.

§ 2. Schneefanggitter und Schneefangeisen. An allen Dachflächen mit einer Neigung über 20 Grad sind am Dachfuß Schneefangeisen und Schneefanggitter anzubringen. An geknickten Dächern (Mansardendächern) müssen an jedem Dachknick Schneefangeisen und Schneefanggitter vorhanden sein. Die Stützen der Schneefanggitter (Schneefangeisen) dürfen seitlich nicht mehr als 0,80 Meter auseinander liegen und müssen einen Querschnitt von mindestens 7x30 Millimeter haben.

§ 3. Ausnahmebestimmungen. Von der Anbringung der Dachhaken, Schneefangeisen und Schneefanggitter kann abgesehen werden: a) bei ungeknickten Dächern (Sattler-, Kulkdächer usw.), deren Traufkante nicht mehr als 5 Meter und deren First nicht mehr als 10 Meter, b) bei Mansardendächern, deren Mansardentritt nicht mehr als 7 Meter und deren First nicht mehr als 10 Meter über der Erde liegt. Von der Anbringung eines Schneefanggitters kann abgesehen werden, wenn durch dasselbe eine Verunstaltung zu befürchten ist oder wenn die Dachrinne so breit und stark gebaut ist, daß sie die Schneemassen aufzuhalten vermag.

§ 4. Rinneisen. Für aufliegende oder vorhängende Dachrinnen von mehr als 28 Zentimeter Zuschnittbreite müssen die Rinneisen mindestens 200 Quadratmillimeter (40,5 Millimeter) stark und gut verzinkt sein. Bei Kupferinnen sind Rinneisen aus verkupferten Schmiedeeisen zu verwenden.

§ 5. Bei Umdeckungen sind schadhafte oder unvorschriftsmäßige Dachhaken, Schneefangeisen, Schneefanggitter und Rinneisen durch vorschriftsmäßige zu ersetzen sowie fehlende zu ergänzen.“

Allgemeine Rundschau

Dürfen freie Gewerkschaften sozialdemokratisch genannt werden?

Während auf der einen Seite die freien Gewerkschaften in dem jetzt einsetzenden Wahlkampf mit allen Mitteln für die Sozialdemokratische Partei eintreten und wahrscheinlich einen erheblichen Anteil an der Finanzierung des Wahlkampfes tragen werden, versuchen noch einzelne Gliederungen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Mitglieder auf Grund ihres parteipolitischen Neutralitätsparagrafen zu werben oder zu halten. Zu den freien Gewerkschaften gehört auch der Allgemeine Metzlerverband, Sitz Leipzig. Dieser wurde darum in der „Rundschau“, der Zeitung des Reichsverbandes ländlicher Arbeitnehmer (Christlich-nationale Gewerkschaft), seit vielen Jahren „sozialdemokratisch“ genannt. Während dieser sozialdemokratische Verband gegen diese Bezeichnung in den letzten Jahren nichts einzuwenden hatte, versuchte er kürzlich vom Landgericht I Berlin eine einstweilige Verfügung zu erhalten, nach der unter Androhung einer Geld- oder Haftstrafe dem Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer untersagt werden sollte, ihn weiterhin „sozialdemokratisch“ zu nennen. Zu dem Termin begründete der Vertreter des Allgemeinen Metzlerverbandes den Antrag damit, daß durch die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ ihm zahlreiche Mitglieder abwendig gemacht würden und er somit Mitgliedsbeiträge einbüßen müsse. Aus diesem Grunde wäre die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ unlauterer Wettbewerb, da der Allgemeine Metzlerverband nicht sozialdemokratisch sei. Der Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer machte demgegenüber geltend, daß für ihn das Wettbewerbsgesetz nicht in Frage käme, da er kein gewerbliches Unternehmen sei, das auf Gewinn hinziele.

Des weiteren trat er auch den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung an. Das Gericht kam dann zu folgendem Urteil:

1. Der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung wird zurückgewiesen.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller.

In der Urteilsbegründung sagt dann das Gericht: Dem Antragsteller läge es ob, die Unwahrheit der Behauptung zu beweisen, daß er sozialdemokratisch sei. Dieser Beweis sei ihm aber nicht gelungen. Das Gericht kam um so mehr zu seinem Urteil, als vom dem Vertreter des Antragstellers selbst gesagt wurde, die Zeitung des Allgemeinen Metzlerverbandes stehe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahe.

Bemerkenswert an diesem Urteil ist einmal die Bestätigung, daß es sich bei den freien Gewerkschaften um sozialdemokratische Organisationen handelt, des weiteren, daß sich in ihren Reihen noch Mitglieder befinden, die nicht sozialdemokratisch sind. Denn an

berfalls könnten durch die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ dem roten Verband keine Mitglieder absperrig gemacht werden.

In welchen Gemeinden erhalten die oberen Beamten die höchsten Gehälter

Die Gemeinden kämpfen einen schweren Kampf um das Gleichgewicht der Gemeindefinanzen. Sie müssen zu diesem Zweck die unpopulärsten Steuern eintreiben. Die Gehälter ihrer oberen Beamten aber wagt keine auf ein normales Maß herunterzusetzen. Die höchsten Gehälter an die leitenden Beamten zahlen die Kommunen mit sozialistischer Mehrheit. So erhalten in den kommunalen Betrieben des roten Berlin zwei Direktoren der „Berel“ 58 000 RM., ein Direktor der Brennstoffwerke 28 000 RM., ein Direktor des Ausstellung- und Messeamts 65 000 RM., ein Pressechef derselben Gesellschaft 35 000 RM., ein Direktor der Berliner Stadtgüter 44 000 RM., ein anderer Direktor derselben Gesellschaft 40 000 RM. Dazu kommen noch teilweise freie Wohnung, Auto, Reitpferd usw. Für die städtische Müllabfuhr wurde ein Sitzungssaal für 60 000 RM. renoviert. Bekannt ist auch, daß der preussische Ministerpräsident, Genosse Braun, sich selber ein höheres Gehalt bewilligte, als es die Reichsminister beziehen. Also sorgen die Sozialisten für das Wohl des Volkes.

Der Reichswirtschaftsrat für Senkung der Kartellpreise

Zur Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates fand die entscheidende Abstimmung über die Antwort des Reichswirtschaftsrates auf den Fragebogen der Reichsregierung statt. Mit überwiegender Mehrheit gab der Reichswirtschaftsrat seiner Meinung dahin Ausdruck, daß eine Senkung der Kartellpreise nicht nur dringend notwendig, sondern auch möglich ist, und daß weiterhin auch für die Markenartikel eine Preisentlastung unbedingt erfolgen muß. Die Mehrheit des Reichswirtschaftsrates für diese Erklärung war überraschend groß; es haben nicht nur einzelne Abteilungen geäußert, sondern auch aus den anderen Abteilungen haben sich einzelne Mitglieder für die Notwendigkeit der Preisentlastung der Kartelle ausgesprochen.

Weiterer Preisabbau bei den Konsumvereinen

Die dem Reichsverband deutscher Konsumvereine angehörenden großen Konsumvereine des Westens gehen erneut mit den Preisen herab. So hat zum Beispiel der sehr ausgedehnte Konsumverein „Selbsthilfe“ in Rülheim-Speyer in der letzten Woche seine Preise bei etwa 30 Nahrungsmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs wiederum um 6-10 Prozent herabgesetzt. Wenn der Einzelhandel konkurrenzfähig bleiben will, wird er dem Vorgehen der Konsumvereine folgen müssen.

Preisbewegung im ersten Halbjahre 1930

Der scharfe Rückgang der Weltmarktpreise hat eine Senkung der Gesamtindexziffer für den Großhandel von 134,3 im Dezember 1929 auf 124,5 im Juni 1930 oder um 7,3 Prozent bewirkt. Die Großhandelspreise der industriellen Fertigwaren sind dem Rückgang der Rohstoffpreise mit einem gewissen zeitlichen Abstand gefolgt. Dagegen hat sich dieser Rückgang nur in einem ganz beschränkten Maße für die Lebenshaltungskosten ausgewirkt. Der größte Teil der vom Einzelhandel umgesetzten Waren unterliegt keinerlei Preisbindung. Preisgebundene Waren, insbesondere Markenartikel, spielen vor allem im Lebensmittelhandel, in Drogerien, in Apotheken sowie in Tabak- und Süßwarengeschäften eine ausschlaggebende Rolle. Bei allen freien Waren ist eine starke Senkung erfolgt. Dagegen hat die Starrheit der gebundenen Preise für die Markenartikel eine wirkliche Auswirkung des Preisrückganges der Rohstoffe auch auf die Lebenshaltungskosten nicht durchgreifen lassen. Die Lebenshaltungskosten sind vom Dezember 1929 mit 152,6 auf 147,6 im Juni 1930 gesunken. Innerhalb der Gesamtlebenshaltungskosten haben den stärksten Rückgang die Auswendungen für Ernährung aufzuweisen, während die Indexziffer für Wohnung gestiegen ist, und zwar von 126,8 auf 129,8 und auch um ein ganz geringes die Indexziffer für den sogenannten sonstigen Bedarf einschließlich der Verkehrsansgaben. Die Senkung der Gesamtlebenshaltungskosten ist also im wesentlichen auf eine Senkung der Kosten für die Ernährung zurückzuführen.

Tagung der christlich-nationalen Krankenkassen in Köln

Am 21. Juli und folgende Tage hat in Köln die Tagung der christlich-nationalen Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands stattgefunden. Am 31. Dezember 1929 waren dem Gesamtverband 686 Krankenkassen mit insgesamt 3 385 218 Mitgliedern angeschlossen. In der Zeit vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1929 konnte der Verband allein einen Zuwachs von 216 745 Mitgliedern heben. Der Umsatz der Einkaufsgenossenschaft für Gesundheitsmittel im Jahre 1929 um 8,29 Prozent zurückgegangen, was auf die Preisentlastung von 15 Prozent im Jahre 1929 zurückzuführen ist.

Zum Thema „Gesundheitsfürsorge in der vergrößerten Bevölkerung“ sprach Reichstagsabgeordneter Becker (Arensberg) über „Wege und Ziele der Arbeitsbeschäftigung“ sprach der Chefarzt des Erstarreninstituts der Allgemeinen Ortskrankenkasse Köln, Dr. Teschendorf, und über „Aufgaben und Bedeutung der hygienischen Volkserziehung“ General-

sekretär Professor Dr. Adam (Berlin), sowie über „Müttererholungs-fürsorge als Grundleistung zur planmäßigen Gesundheitsfürsorge“ die Referentin im Gesamtverband der evangelischen Frauenhilfe, Frau Klara Schloßmann (Berlin).

Aus dem Verbandsleben

Hamburg. Am Sonnabend, 2. August, fand unsere 2. Vierteljahresversammlung statt, die leider nicht stark besucht war. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden begrüßt hatte, gab der Kassierer, Kollege Bothing, einen Ueberblick über die Wirtschaft des vergangenen Vierteljahres, über die Kassenverhältnisse und den Mitgliederbestand der Ortsgruppe. Der Mitgliederbestand ist gestiegen, jedoch hätte bei regerer Werbearbeit der Mitgliederzuwachs größer sein können. Die Mitglieder wurden aufgefordert, die Werbearbeit mehr als bisher zu unterstützen.

Hierauf sprach der Kollege Lönies (Altona) über die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Er schilderte in ergreifenden Worten die Not der Arbeiterschaft im vorigen Jahrhundert, die zur Gründung der Gewerkschaften als Selbsthilfe der Arbeitnehmer führte. Der Redner wies besonders auf die Gegensätze der Weltanschauung hin, die die christliche Gewerkschaftsbewegung von der sozialistischen trennt. Reicher Beifall belohnte den Redner und eine rege Aussprache setzte ein. Nach verschiedenen kleinen Anfragen fand die Versammlung ihren Abschluß. Vo.

Bedum. Die christliche Arbeiterschaft von Bedum feierte am 9. und 10. August das diesjährige Kartellfest. Diese Feier erhielt aber eine besondere Note, weil es galt, das 25jährige Bestehen unseres Verbandes würdig zu begehen. Ebenso feierten der christliche Fabrikarbeiterverband und christliche Holzarbeiterverband ihr Silberjubiläum. Kartellvorsitzender Strattmann hielt die Begrüßungsansprache und wies auf die Bedeutung dieser Feier hin. Die Gesangsabteilung des katholischen Arbeitervereins verschönte das Fest durch mehrere Gesangsstücke.

Die Ehrung der Jubilare erfolgte durch den Bezirksleiter, Kollegen Werner aus Paderborn. Er überbrachte zuerst die Grüße des Hauptverbandes an die Jubilare und die Verwaltungsstelle. Dann grub er die interessante Gründungs-geschichte des Verbandes in Neubekum aus. Zuerst versuchten die Zimmerer eine Versammlung abzuhalten, aber es wurden alle Lokale verweigert. Trotzdem fand die Versammlung in einem Garten statt und die Zimmerer führten den christlichen Verband ein am 16. April 1905. Die Verweigerung der Lokale rief bei allen rechtlich denkenden Menschen eine große Erbitterung hervor. Am 7. Mai 1905 wurde eine große Aufklärungsversammlung einberufen durch den Präses des katholischen Arbeitervereins, Herrn Kaplan Laudig. Der große Saal bei Samson-Frölich war stark besetzt; Bürgertum und Unternehmer waren ebenfalls vertreten. Der Bezirksleiter Werner hielt den grundlegenden Vortrag über Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Trotz wiederholter Aufforderung meldete sich von den Unternehmern niemand zum Wort, weil sie den Grundideen der christlichen Gewerkschaften nichts entgegenstellen konnten. Nun bildeten auch die Maurer und Bauhilfsarbeiter eine Ortsgruppe. Die Schulungsarbeit begann und die Organisation befestigte sich immer mehr. Im Frühjahr 1906 wurde eine Lohnforderung eingereicht, es sollte eine Aufbesserung von 5 Pf. pro Stunde erfolgen; aber die Unternehmer lehnten jedes Entgegenkommen ab und es begann der Streik am 1. Juli und endete am 31. Dezember 1906. Ein volles halbes Jahr wurde gestritten, und der Erfolg des Kampfes war eine Lohnenerhöhung für alle die Berufe der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Den Kämpfern und Jubilaren wurde der herzlichste Dank ausgesprochen. Redner gedachte auch aller der Kollegen, welche bei der Gründung mitgeholfen haben und nun in andere Berufe übergegangen oder selbständig geworden sind, insbesondere der verstorbenen und im Weltkrieg gefallenen Mitglieder. Der Jugend widmete er herzliche Worte und zeigte die Jubilare als leuchtende Beispiele der Ausdauer und Treue zum Verband. Die Jugend muß Schulter an Schulter mit den älteren Kollegen kämpfen; denn der Kampf um bessere Lohnbedingungen wird nicht auf dem Sportplatz entschieden, sondern auf der Arbeitsstelle. Mit einem Hoch auf die Jubilare und deren Ehefrauen schloß die Ansprache. Hierauf wurde den Jubilaren eine Ehrenurkunde und eine Silbernadel überreicht. Die Namen der Jubilare sind: Eberhard Lips, Gerhard Höfe, Franz Sieweke, Josef Mühlenhoff, Gottfried Knipping, Heinrich Hille, Willy Paupmeier, Bernhard Dissenbrink, Franz Ringkamp, Mathias Kemper, Johann Ruyman, Hermann Reichner, Bernhard Kaiser.

Der Kollege Körner vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hielt die Festrede und kennzeichnete die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in Reich, Land, Provinz und Gemeinde. Er beklagte in großen Zügen die wirtschaftliche Lage in Deutschland und der übrigen Welt, und betonte, daß jeder in voller Verantwortung den Kampf führen mußte auf den Grundlagen der Gerechtigkeit. Zum Schluß forderte er auf zur Stärkung der christlichen Gewerkschaften.

Herr Landrat Jenner von Jenneberg und Herr Bürgermeister Dr. Jüttin brachten den Jubilaren die herzlichsten Glückwünsche dar und sprachen über die Bedeutung und die Grundrechte der christlichen Arbeiterbewegung, und wünschten weiteren tatkräftigen

Erfolg und Aufstieg. Der Herr Kaplan Strotmann überbrachte die Glückwünsche der Geistlichkeit und zeigte auf die enge Verbundenheit der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine. Um die hohen Güter des Arbeiterstandes müßte auch in Zukunft stark gekämpft werden, und darum sei die Stärkung der christlichen Arbeiterbewegung ein Gebot der Stunde. In gleicher Weise sprachen noch Bezirksleiter Rüber vom christlichen Metallarbeiterverband und Bezirksleiter Werlich vom Fabrikarbeiterverband. Die imposante Feier wird ein Meilenstein in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Bedum sein. Mit dem Absingen des Deutschlandliedes wurde die Feier geschlossen.

Stukkateure

Essen. Der Vorstand der Ruzer und Stukkateure der Verwaltungsstelle Essen hatte seine Mitglieder zu einem Sommerfest für den 9. August geladen. Eine andere Form der gewerkschaftlichen Verbundenheit. Der große Festsaal konnte die erschienenen Kollegen mit ihren Angehörigen und die Kollegen der befreundeten Berufsorganisationen nicht fassen. Die Verwaltungsstelle war durch Kollegen Kollie vertreten.

Es ist erfreulich, festzustellen, daß die Not der Zeit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Essener Stukkateure nicht hat untergraben können. In der Begrüßungsansprache wies der erste Vorsitzende, Kollege Dehro, u. a. auch darauf hin, daß nach einem Jahr geleisteter Arbeit und Pflichterfüllung eine zeitweilige Entspannung notwendig sei, die in der Erholung im Verein mit den Berufskollegen und ihren Angehörigen zu suchen sei. Der Eindruck des Festabends für die Kollegen, Angehörigen und Freunde solle dahin wirken, daß der Gemeinschaftsgeist eine Erweiterung erfahre.

Nach einigen Musikvorträgen und Festdarbietungen nahm Kollege Schneiders - Leiter des Arbeitsamtes Essen - das Wort zur Festrede. Einleitend begründete er das Recht des Arbeiters, nach getaner Arbeit in gesellschaftlichen Kreisen sich zu erholen von den Anstrengungen des Berufslebens, um nach diesen Stunden der geistigen und körperlichen Erholung wieder mit frisch gestärktem Geistes- und Körperkraft das Tagewerk beginnen zu können. Schwer und ernst ist die augenblickliche Zeit. Kein Blickfeld einer sich anbahnenden wirtschaftlichen Besserung. Die Arbeitslosigkeit greift mit ihren unerbittlichen Folgeerscheinungen in das Leben des Einzelnen und der ganzen Wirtschaft. Darum sei der Gedanke der Schicksalsverbundenheit, Pflege des Gemeinschaftsgeistes erstes und oberstes Gebot der Stunde. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit ihren hohen idealen Zielen fällt hier die Aufgabe zu, Wegbereiter zu einer wirklichen Volksgemeinschaft zu sein. Die heutige schicksalsschwere Zeit erfordert Männer, die sich der Verantwortung einer solchen Zeit gegenüber bewußt sind. Solche Männer schafft die christliche Gewerkschaftsbewegung. Auf ihren Schultern ruht das Gebäude dieser Bewegung.

Ernste Worte wurden der Jugend gewidmet. Stillschweigend ergriffen lauschten die Anwesenden diesen herrlichen, von innerer Begeisterung zu unserer Bewegung getragenen Ausführungen. Begeistert stimmte die Festversammlung in ein „Hoch“, das einen Treueschwur zu unserem Verbande bedeutete, ein.

Das weitere reichhaltige Festprogramm hielt die Festteilnehmer bei Theater, Musik, Lied und Tanz bis zum frühen Morgen zusammen. Dem Verbandsleben werden durch solche Feste neue Impulse gegeben. Wilhelm Mecke.

Roman Großlich Beitragsmarken BERLIN NO 43, Gellnowstraße 12.

Meisterschule für Hoch-, Tief- u. Straßenbau Ausbildung in einem Halbjahr zum Polier oder Schachtmeister, in 2 Halbjahren zum Maurer, Zimmer-, Straßenmeister und Bauführer. Detmold, Wittjestr. 4 d Lehrplan frei.

Möbel-Kamerling Berlin, Kastanienallee 56 Speise-, Schlaf-, Herrenz-, Küch., Riesenaustr., Spottpreis, Zahlungserrl.

Echte Hienfong-Essenz (Destilat) 1000fach bewährt. 12 Fl. Dtz. 4.- bei 30 Flaschen RM. 10.- franko. Laborat. E. Walther, Halle-Trotha 100

Wepa Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufe Spez.: Blauemaschinenbau- sowie Maurer- u. Manchester-Anzüge Wilhelm Fahr, Berlin N 31, Brunnenstraße 78

Lebtechnikum Steuberg (Rechtb.)

Bauarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schutz u. Leder-taschen 13.- Rm., aus II-Drahtleder 9.- Rm., u. 6,50 Rm. Maurer-socken 1,20 Rm. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.- Rm., II 13.- Rm., III 11.- Rm. Maurerblusen 5.- Rm. Schmelzputzstaken per Stück 25 Pf. vers. b. Bestellung von 25 Rm. frei Haus. Preßnitz u. Muster gratis. Emil Hohlholdt, Dresden 6, Ritterstr. 2. Mechanische Spezialfabrik für Bauarbeiter-Kleidung. Gegr. 1894.

Schachtmeister- und Pollerschule Auskult durch den Oberstudien-direktor der Staatl. Tiefbau-schule in RENDSBURG

Enorm billig! Bettüber kräftiges, ungebleichtes Gewebe, sehr haltbar, gewäumt, 3,20 lang, 1,40 breit, jedes Stück für RM. 14,50 franko. Umkauf gestattet. Viele Nachbestellungen u. Vertikumschreiben o. Hausbesuchen. Bedenkenlos Paul Jacobus Spellen in Schleien 34.

Kollegen, lest den „Deutschen!“